Das Verhältnis des § 90 Nr. 5 StGB. zu § 89 StGB.

Von Oberlandesgerichtsrat Dr. Feisenberger, Celle, zurzeit Leipzig.

Für die Praxis des Reichsgerichts und der Kriegsgerichte, sowohl der ordentlichen als der außerordentlichen, ist die Frage des Verhältnisses des § 90 Nr. 5 zu § 89 StGB. von Bedeutung. Vielleicht darf deshalb diese Abhandlung auf Interesse der Kriminalisten rechnen. Ich habe absichtlich meine Ausführungen auf die Nr. 5 des § 90 beschränkt, weil einerseits der dortige Tatbestand die Praxis seit Kriegsbeginn außerordentlich häufig beschäftigt, während m. W. die Tatbestände der übrigen Nummern des § 90 weniger oft, zum Teil vielleicht gar nicht vorkommen, andererseits auch die zu behandelnde Frage bei der Nr. 5 wohl in ihrer praktischen Bedeutung am klarsten hervortritt. Die Nutzenanwendung des gewonnenen Ergebnisses auf die übrigen Nummern des § 90 läßt sich leicht treffen. *)

A. Geschichtliche Entwicklung.**I. Vom Preussischen Landrecht bis zum Preussischen Strafgesetzbuch.**

Das Preussische Landrecht Teil II Titel 20 enthielt die folgenden einschlägigen Bestimmungen:

§ 100. Ein Unternehmen, wodurch der Staat gegen fremde Mächte in äußere Gefahr und Unsicherheit gesetzt wird, heißt Landesverräterei.

§§ 101—105 enthalten Bestimmungen über die erste Klasse derselben.

§ 106. Unternehmungen von minderer Wichtigkeit, die zur Begünstigung der Feinde des Staates abzielen, sind als Landesverräterei der zweiten Klasse anzusehen.

§ 107. Wer dem Feinde zur Ausführung seiner Anschläge beförderlich ist oder den Kriegsvölkern des Staates in ihren Unternehmungen gegen den Feind vorzüglich Hindernisse in den Weg legt, soll durch den Strang hingerichtet werden.

§ 111. Wer sich als Kundschafter von dem Feinde brauchen läßt [oder demselben Operationspläne, Festungsrisse oder andere dergleichen Nachrichten und Urkunden mitteilt, durch welche derselbe in den

*) Vgl. v. Liszt oben S. 305 (Anmerkung der Herausgeber).

Stand gesetzt wird, dem Staate zu [schaden,]¹⁾ wird mit dem Galgen bestraft.

§ 112. Wer ohne weitere Theilnehmung feindliche Kundschafter oder einzelne zum Kundschaften abgeordnete feindliche Truppen oder Soldaten bei sich verbirgt, soll mit vier- bis sechsjähriger Festungshaft belegt werden.

[§ 115 läßt bei Versuch der zweiten Klasse der Landesverräterei an Stelle der Lebensstrafe nach Bewardnis der Umstände sechs- bis zehnjährige Gefangenschaft zu.]

§ 116. Eine gleiche Gefängnis- oder Zuchthausstrafe trifft diejenigen, welche an einer solchen Landesverräterei zwar nicht unmittelbar aber doch durch Rathslage oder entfernte Hilfsleistung theilgenommen haben.

Diese Vorschriften des preussischen Landrechts sind bis zum Inkrafttreten des Preussischen StGB. in Geltung geblieben, ergänzt durch einen Königlichem Befehl wegen Bestrafung von Verbrechen gegen die Sicherheit der Armeen vom 17. März 1813²⁾, aus dem hier nur interessiert die Bestimmung der Nummer

1. Jeder, der ohne durch vaterländische Behörden dazu beauftragt zu sein, mit dem Feinde in Verbindung bleibt oder in solche tritt, sei es durch schriftliche oder mündliche Mittheilungen, soll hingerichtet werden.

Im Jahre 1826 setzte die Revision des Strafrechts ein. Der erste Entwurf 1827/28³⁾ enthält im zweiten Titel erster Abschnitt folgende Bestimmungen:

§ 10. Des Landesverrats ist ein Untertan schuldig

I.

- II. welcher zur Zeit des Krieges vorsätzlich entweder die Anschläge oder Unternehmungen des Feindes unterstützt oder den Kriegsvölkern des Staates oder seiner Bundesgenossen in ihren Operationen Hindernisse in den Weg legt. Insbesondere ist hierher zu rechnen:

¹⁾ Die edigen Klammern umschließen hier und späterhin solche Angaben, die des Zusammenhangs wegen nicht weggelassen werden können, ohne das Verständnis zu stören, die aber unser Thema nicht unmittelbar berühren.

²⁾ Ges. S. 34. Vgl. auch W.D. vom 16. Januar 1814 Ges. S. 5.

³⁾ Entwurf des Kriminal-Gesetz-Buches für die Preussischen Staaten, Gesetzesrevision. Penfum I. 1827/28.

4. wer dem Feinde als Spion dient [oder demselben Operationspläne, Risse von Festungen oder andere Urkunden oder Nachrichten mitteilt, aus deren Kenntnis der Feind Vorteil ziehen kann,]

7. wer feindliche Kundschafter wissentlich und zur Beförderung ihrer Absicht aufnimmt, verbirgt oder ihnen sonst Beistand leistet.

§ 11. Landesverräter sollen mit dem Tode bestraft werden.

Die Motive⁴⁾ des Gesetzesrevisors sagen zu § 10

[ad. 4. Wenn in § 111 PrVN. II, 20 nur die Mitteilung solcher Urkunden und Nachrichten als Landesverrat erklärt wird, „durch welche der Feind in den Stand gesetzt wird, dem Staate zu schaden“, so beschränken diese Worte den Begriff des Verbrechens wohl zu sehr. Deshalb sind jene obigen Worte allgemein gestellt und habe ich von Urkunden gesprochen, „aus deren Kenntnis der Feind Vorteil ziehen kann.“]

ad. 7. Nach § 112 a. a. D. soll der, welcher ohne weitere Teilnahme feindliche Kundschafter usw. verbirgt, Strafe erleiden. Der Referent erinnert hier mit Recht, daß hinter dem Worte „ohne weitere Teilnahme“ das Wort „wissentlich“ einzuschalten sei, denn dolus ist bei diesen Verbrechen wohl unbedenklich nötig. M. E. aber ist dann die Strafe zu gelind. Ein Untertan, der einen feindlichen Spion, obgleich er dessen landesverderbliche Absicht kennt, bei sich verbirgt, ihn dadurch vor Entdeckung schützt, und zu dem Gelingen seiner Spionage beiträgt, ist, wie mich dünkt, demjenigen gleichzuachten, welcher dem Feinde selbst als Spion dient; denn der Schaden, welcher dem Staate zugefügt wird, oder die Gefahr, welche daraus für den Staat entsteht, bleibt sich in beiden Fällen gleich, und die Immoralität des Handelnden erscheint im ersteren Falle auch nicht eben geringer. Ich würde daher auch hier die volle Strafe des Landesverrats, nämlich den Tod, androhen.

Das Ergebnis der Beratungen dieses ersten Entwurfs war der Entwurf von 1830.⁵⁾ Er gibt dem hier in Betracht kommenden Verbrechen folgende Fassung:

⁴⁾ Motive zu dem vom Revisor vorgelegten Ersten Entwurf des Kriminalgesetzbuchs für die Preussischen Staaten. Zweiter Band. Berlin 1828. S. 21, 24.

⁵⁾ Entwurf des StGB. für die Preussischen Staaten, Gesetzesrevision, Pensum I. Erster Teil, Kriminalstrafgesetze. Berlin 1830.

§ 111. Des Landesverrats ist ein Untertan schuldig,

III. welcher zurzeit des Krieges vorsätzlich die Unternehmungen des Feindes befördert oder zugunsten desselben den Kriegsvölkern des Staates oder seiner Bundesgenossen in ihren Operationen Hindernisse in den Weg legt. Insbesondere wer in solcher landesverräterischer Absicht

1. [zum Feinde übergeht und die Waffen gegen den Staat oder dessen Bundesgenossen trägt oder] sonst dem Feinde Dienste leistet, welche auf den Krieg Bezug haben;
6. wer dem Feinde als Spion dient [oder demselben Operationspläne, Risse von Festungen oder andere Urkunden oder Nachrichten mitteilt, aus deren Kenntnis der Feind Vorteil ziehen kann]
7. wer feindliche Spione zur Beförderung ihrer Absichten aufnimmt, verbirgt oder ihnen sonst Beistand leistet.

§ 112. Landesverräter sollen mit dem Tode [und mit Vermögenskonfiskation] bestraft werden.

Auf Grund welcher Erwägungen die Nummer 1 des § 111 den (außerhalb der Klammer stehenden) allgemeinen Zusatz erhalten hat, habe ich nicht feststellen können.

Der Entwurf von 1830 wurde im Justizministerium überprüft.⁶⁾ Die vorangeführten Bestimmungen gingen in den das Ergebnis dieser Prüfung bildenden revidierten Entwurf von 1833⁷⁾ in folgender Fassung über:

§ 124. Der Landesverrats ist ein Untertan schuldig,

II. welcher während des Krieges vorsätzlich die Unternehmungen des Feindes befördert oder zugunsten desselben den Kriegsvölkern des Königs oder seiner Bundesgenossen in ihren Operationen Hindernisse in den Weg legt, insbesondere derjenige, welcher in solcher landesverräterischen Absicht

1. = § 111 III Nr. 1 Entw. 1830,
6. = § 111 III Nr. 6 Entw. 1830,
7. feindliche Spione zur Beförderung ihrer Absichten oder zu ihrer Verheimlichung aufnimmt, verbirgt oder ihnen sonst Beistand leistet.

⁶⁾ Goltbamer, Die Materialien zum StGB. für die Preussischen Staaten, Teil I. Berlin 1851. S. VIII.

⁷⁾ Revidierter Entwurf des StGB. für die Kgl. Preussischen Staaten. Erster Teil. Kriminalgesetzbuch. Berlin 1833.

§ 125. = § 112 Entw. 1830.

[§ 126. Eben diese Strafe trifft auch diejenigen, welche der in § 124 gedachten Handlungen gegen den Deutschen Bund sich schuldig machen.]

Aus den Motiven des rev. Entwurfs von 1833 ist nichts zu §§ 124, 125 zu erwähnen. [Zu § 126 heißt es:

Aus den über die Verhältnisse des Deutschen Bundes oben angeführten⁸⁾ Gründen ergibt sich, daß auch gegen den Deutschen Bund das Verbrechen des Landesverrats begangen werden könnte, und ist daher § 126 vorgeschlagen.]

Dagegen enthält die den Motiven angehängte Zusammenstellung der materiellen Abweichungen folgende bemerkenswerte Ausführung:⁹⁾

50. Das Allg. L. R. (§ 112) bestraft denjenigen, welcher ohne weitere Teilnehmung feindliche Rundschafter bei sich verbirgt mit vier- bis sechsjähriger Festungsstrafe. Der Entwurf (§ 124 Nr. 7) nimmt keine Rücksicht darauf, inwieweit der Verbergende an dem Auskundschaften teilnimmt. Verbirgt er die Rundschafter, um ihre Absichten zu befördern oder sie zu verheimlichen, so bedroht der Entwurf ihn mit dem Tode.

Der revidierte Entwurf von 1833 wurde dann einer nochmaligen Umarbeitung unterzogen, deren Ergebnis der Revidierte Entwurf von 1836 war. Dieser bringt die §§ 124, 125, 126 des rev. Entw. v. 1833 in gleicher Fassung in seinen §§ 165, 166, 167. Er wurde in der Kommission des Staatsrats mehrfach durchberaten. Aus der ersten Beratung ist folgendes¹⁰⁾ hervorzuheben:

[Bei näherer Durchgehung der einzelnen Bestimmungen des § 165 wurde es zunächst zweckmäßig befunden, im Eingange, der mehreren Präzision wegen, statt „Untertan“ „Preussischer Untertan“ zu sagen.]

Bei Nr. II wurde erinnert, daß diese ganze Kategorie, sowohl die generelle Bestimmung in Nr. II als die speziellen Vorschriften

⁸⁾ Sie werden hier, da für den Zweck dieser Abhandlung entbehrlich, nicht mitgeteilt. Vgl. Anm. 26.

⁹⁾ Materielle Abweichungen des revidierten Entwurfs des Kriminalstrafgesetzbuchs vom Allgemeinen Landrecht und den übrigen gegenwärtigen Kriminalstrafgesetzen. S. 9.

¹⁰⁾ Beratungsprotokolle der zur Revision des Strafrechts ernannten Kommission des Staatsrats den zweiten Teil des Entwurfs des StGB. betreffend. Berlin 1841. S. 17 ff.

in Nr. 1—8, welche Beispiele jener allgemeinen Bestimmung enthielten, Fälle unter sich begriffen, in welchen die in § 166 angedrohte Todesstrafe nicht zu rechtfertigen sei. Zweckmäßig werde es sein . . . , zuvörderst die schweren Fälle, sowie die Strafen, welche auf sie Anwendung finden sollen, speziell zu erwähnen, demnächst aber, da die sub 1—8 angegebenen Beispiele die Fälle des Landesverrats nicht erschöpften und das Gesetz ohne eine allgemeine Bestimmung in dieser Materie lückenhaft werden würde, die generelle Vorschrift folgen zu lassen, daß alle übrigen nicht speziell hervorgehobenen Fälle mit einer gelinderen Strafe belegt würden Weiter wurde für nötig befunden, noch der Fälle zu erwähnen, wo jemand den Kriegsvölkern des Staats oder der Bundesgenossen Nachteile zufügt [In betreff des Schlußsatzes von Nr. 1 „oder sonst dem Feinde Dienste leistet, welche auf den Krieg Bezug haben“, wurde bemerkt, daß diese Bestimmung nicht ratjam sei und leicht zu weit führen könne, da die Beurteilung der Frage, ob der Täter dem diesseitigen Staate habe schaden wollen, welche in dem Falle des Übertritts zu den feindlichen Kombattanten niemals einem Bedenken unterliege, hier oft zweifelhaft sein könne. Es wurde beschlossen, den Schlußsatz fortzulassen In Nr. 6 sollen hinter dem Worte „Festungen“ noch die Worte „oder feste Stellungen“ hinzugefügt, dagegen die weiteren Bestimmungen als zu allgemein und schwankend fortgelassen werden.]

Nach Beendigung dieser vorläufigen Beratung über § 165 kam man auf die Frage zurück, ob es nicht zweckmäßig sein möchte, die schweren Fälle des Landesverrats, bei denen die Todesstrafe stattfinden müsse, hervorzuheben und demnächst die allgemeine Bestimmung folgen zu lassen, daß in allen übrigen Fällen nur Freiheitsstrafe eintrete. Man fand es in dieser Beziehung angemessen, zuerst diejenigen Fälle hervorzuheben, wo schon nach der Beschaffenheit der Tat als solcher die höchste Strafe des Landesverrats, die Todesstrafe, eintreten müsse, sodann die Fälle zu bestimmen, wo zwar gleichfalls diese Strafe, jedoch nur bei erwiesener landesverräterischer Absicht eintrete, und endlich die allgemeine Vorschrift folgen zu lassen, daß alle übrigen, in landesverräterischer Absicht unternommenen, nicht speziell hervorgehobenen Handlungen mit Freiheitsstrafe belegt würden.

Der Entwurf wurde in neben denen der Kommission hergehenden Beratungen des Plenum des Staatsrats beraten. Dieses Hin und

Der der von der Kommission dem Plenum vom Plenum der Kommission überwiesenen durchberatenen Abschnitte und Hauptfragen¹¹⁾ führte zu mehreren Redaktionen. Aus den Beratungen des Plenums, die mir nur so weit bekannt geworden sind, als die gedruckten Kommissionsberatungen ihren Inhalt erkennen lassen, ist nichts besonderes hervorzuheben, ebenso nicht aus den Resapitulationen des Entwurfs innerhalb der Beratungen der Kommission. Das Ergebnis der gesamten Beratungen in der Schlusredaktion stimmt überein mit dem den Provinziallandtagen vorgelegten Entwurf von 1843.¹²⁾ Seine hier interessierenden Bestimmungen haben folgende, im wesentlichen der ersten Kommissionsberatung entsprechende Fassung erhalten:

§ 157. Als Landesverräter sind mit dem Tode zu bestrafen diejenigen Preussischen Untertanen, welche während eines gegen den Preussischen Staat [oder den Deutschen Bund¹³⁾] ausgebrochenen Krieges

6. dem Feinde als Spion dienen oder feindliche Spione zur Beförderung ihrer Absichten aufnehmen, verbergen oder ihnen sonst Beistand leisten.

§ 158. Ein Preussischer Untertan, welcher während eines gegen den Preussischen Staat oder den Deutschen Bund ausgebrochenen Krieges dem Feinde freiwillig als Lieferant dient oder eine andere Handlung begeht, von der er weiß, daß dadurch die Unternehmungen des Feindes befördert oder den Truppen des Königs oder dessen Bundesgenossen bei ihren Operationen Hindernisse in den Weg gelegt oder Nachteile zugefügt werden, hat fünfjährige bis lebenswiedrige Zuchthausstrafe verwirkt.

[§ 160. Die Bestimmungen der §§ 148—153¹⁴⁾ finden auch auf Landesverräter Anwendung.]

Dieser Entwurf von 1843 wurde sowohl in den einzelnen Provinziallandtagen beraten als auch der Kritik der Öffentlichkeit durch sein Erscheinen im Buchhandel unterstellt.¹⁵⁾ Auf Grund des dadurch

¹¹⁾ Goldammer a. O. S. XI.

¹²⁾ Entwurf des StGB. für die Preussischen Staaten nach den Beschlüssen des Rgl. Staatsrats. Berlin 1843.

¹³⁾ Durch diesen Zusatz wurde § 126 des Entwurfs von 1833 (§ 167 des Entwurfs von 1836) überflüssig.

¹⁴⁾ § 149 enthielt die Strafe des sogen. bürgerlichen Todes. Dagegen ist die Strafe der Vermögenskonfiskation aufgegeben; vgl. Anm. 32.

¹⁵⁾ Goldammer a. a. O. S. XII.

angesammelten, ihn beurteilenden Materials wurde der Entwurf einer Revision durch das Ministerium der Gesetzesrevision unterworfen. Aus dieser Revision¹⁶⁾ ist folgendes anzuführen:

zu § 156,¹⁷⁾ der die landesverräterische Waffenhilfe behandelt, ist bemerkt: Zudem sprechen die §§ 155 ff. ohnehin von solchen Handlungen, die schon ihrer Natur nach nur als vorsätzliche und also freiwillige gedacht werden können.

zu § 157, 158:¹⁸⁾ In den §§ 157, 158 sind diejenigen landesverräterischen Handlungen aufgestellt, welche mehr oder weniger dazu dienen, dem Feinde Vorschub zu leisten oder den Truppen des Königs oder seiner Bundesgenossen Nachteil zuzufügen, und von welchen der Täter weiß, daß davon dieser Erfolg zu erwarten ist.

Der Entwurf von 1843 stellt im § 156 sechs Klassen von Handlungen der gefährlichsten Art zusammen Die Bedingung der Absichtlichkeit versteht sich bei einigen dieser Handlungen ihrer Natur nach von selbst (Nr. 6)

Es folgen Auseinandersetzungen, weshalb es richtiger sei, die §§ 157 und 158 in einen Paragraphen zusammenzuziehen.

Der aus dieser Ministerialrevision hervorgegangene revidierte Entwurf von 1845¹⁹⁾ bringt die hier interessierenden Vorschriften in folgender Fassung:

§ 94. Als Landesverräter sind mit dem Tode zu bestrafen diejenigen preussischen Untertanen, welche während eines gegen den Preussischen Staat ausgebrochenen Krieges durch eine der folgenden Handlungen dem Feinde wesentlich Vorschub leisten oder den Truppen des Königs oder der Bundesgenossen des Königs wesentlich Nachteil zufügen, indem sie

6. dem Feinde als Spion dienen oder feindliche Spione aufnehmen, verbergen, oder ihnen Beistand leisten.

Alle anderen Handlungen preussischer Untertanen, durch welche dem Feinde wesentlich Vorschub geleistet oder den Truppen des Königs oder seiner Bundesgenossen wesentlich Nachteil zugefügt wird, sind mit fünfjähriger bis lebenslänglicher Zuchthausstrafe zu belegen.

¹⁶⁾ Revision des Entwurfs des StGB. von 1843 Bd. II. Berlin 1845.

¹⁷⁾ a. a. D. S. 15.

¹⁸⁾ a. a. D. S. 17.

¹⁹⁾ Revidierter Entwurf des StGB. für die Preuss. Staaten. Vorgelegt von dem Ministerium der Gesetz-Revision. Berlin 1845.

[§ 98 verordnet die Anwendung des § 94 auf gleichartige gegen den Deutschen Bund begangene Handlungen.]

[§ 102 enthält die Strafe des sog. bürgerlichen Todes.]

Aus den Revisionsbemerkungen²⁰⁾ ist noch die folgende nachzutragen:

Dem Vorschlage mehrerer Ständeversammlungen den Begriff des Verbrechens (s. des § 157) durch Aufnahme der Ausdrücke „freiwillig“ oder „wissentlich“ näher zu bestimmen, wird durch die Fassung des § 94 des rev. Entw. im wesentlichen genügt. Wenn dagegen die Preussischen Stände nur die aus eigener Bewegung oder für Belohnung erfolgten Handlungen unter das Strafgesetz stellen wollen, so beschränken sie dasselbe ohne Grund, indem auch ohne Belohnung ein Landesverrat gleich schändlich bleibt und es nicht darauf ankommt, ob der Preusse sich dem Feinde aufgedrungen oder dessen Aufforderung befolgt hat, insofern nur eine wissentliche freie Handlung begangen wurde.

Der rev. Entw. v. 1845 wurde in wiederholten Verhandlungen der Kommission des Staatsrats durchgenommen. Aus diesen Beratungen ging der Entwurf von 1847²¹⁾ hervor. Unter der Überschrift

Landesverrat:

1. in Kriegszeiten.

lauten die einschlägigen Bestimmungen:

§ 89. Als Landesverräter sind mit dem Tode zu bestrafen diejenigen preussischen Untertanen, welche durch eine der folgenden Handlungen einer feindlichen Macht wissentlich Vorschub leisten oder den Truppen des Königs oder seiner Bundesgenossen wissentlich Nachteil zufügen, indem sie

6. dem Feinde als Spione dienen oder feindliche Spione aufnehmen, verbergen oder ihnen sonst Beistand leisten.

Alle anderen Handlungen preussischer Untertanen, durch welche dem Feinde wissentlich Vorschub geleistet oder den Truppen des Königs oder seiner Bundesgenossen wissentlich Nachteil zugefügt wird, sind mit fünfjährigem bis lebenslanglichem Zuchthaus zu bestrafen.

²⁰⁾ a. a. O. (Anm. 16) S. 19.

²¹⁾ Entwurf des StG. für die Preussischen Staaten usw. Zur Vorlegung an die Vereinigten Ständischen Ausschüsse bestimmt. Berlin 1847.

[§ 93. Die über landesverräterische Handlungen gegen den preussischen Staat aufgestellten Strafbestimmungen sind auch auf diejenigen gleichartigen Handlungen anzuwenden, welche gegen den deutschen Bund begangen werden.]

[§ 97. Gegen denjenigen, welcher wegen Landesverrats verurteilt wird, ist zugleich die Vermögenskonfiskation auszusprechen.]

Zugleich werden alle letztwilligen Verordnungen sowie die unter Lebenden nach Eröffnung der Untersuchung getroffenen Verfügungen ungültig.]

Die Motive²²⁾ zu § 89 geben die Revisionsbemerkungen wieder, die von der Ministerialkommission (§§ 157, 158) zum Entwurf von 1843 gemacht und oben mitgeteilt sind.

Der Entwurf von 1847 wurde zunächst in der Abteilung des Vereinigten Ständischen Ausschusses²³⁾ und sodann unter Beifügung von 19 Hauptfragen, die hier nicht interessieren²⁴⁾, von dem vereinigten ständischen Ausschuss durchberaten. Aus den Beratungen ist für unsere Untersuchung nichts bemerkenswert.

Im Ministerium wurde dann in der Folgezeit der Entwurf von 1847 weiteren Beratungen unterzogen, die schließlich zu dem den Kammern vorgelegten Entwurf von 1851²⁵⁾ führten. In ihm haben die für uns in Betracht kommenden Vorschriften folgende Fassung:

§ 59. Ein Preuße, welcher während eines gegen Preußen²⁶⁾ ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht wesentlich Vorschub leistet oder den Truppen Preußens oder seiner Bundesgenossen wesentlich Nachteil zufügt, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

Die Todesstrafe tritt ein, wenn der Täter

5. dem Feinde als Spion dient oder feindliche Spione aufnimmt, verbirgt oder ihnen Beistand leistet.

²²⁾ Motive zum Entwurf des StGB. für die Preussischen Staaten usw. vom Jahre 1847. Berlin 1847. S. 43 (in der Oktavausgabe S. 35).

²³⁾ Sitzungsprotokolle Berlin 1848.

²⁴⁾ Frage 7 betrifft die Strafe der Vermögenskonfiskation; s. Anm. 32.

²⁵⁾ Entwurf des StGB. für die Preussischen Staaten. Berlin 1851.

²⁶⁾ Die Strafbarkeit von landesverräterischen Handlungen gegen den Deutschen Bund ist weggefallen. Vgl. darüber Goldammer a. a. O. Bb. II S. 74 f.

[§ 63 Abs. 2 enthält die Strafe des bürgerlichen Todes.]

Aus den Motiven²⁷⁾ ist folgendes zu berichten:

§ 59. Im § 59 sind zunächst diejenigen Handlungen, durch welche der Täter während des Krieges dem Feinde wesentlich Vorschub leistet oder den Truppen Preußens oder seiner Bundesgenossen wesentlich Nachteil zufügt, generell als strafbar anerkannt Sodann aber sind diejenigen Handlungen, welche sich durch die hohe objektive Gefährlichkeit besonders auszeichnen, besonders hervorgehoben.

Aus dem Bericht der Kommission der zweiten Kammer²⁸⁾ ist folgendes zu erwähnen:

Die §§ 57—61 behandeln den eigentlichen Landesverrat und bezeichnen denselben in verschiedenen Abstufungen als eine nicht zum Hochverrat gehörige Handlung, durch welche ein Preuße in vaterlandsfeindlicher Gesinnung in einem Kriege gegen Preußen den Feind begünstigt Die Kommission hat keine materiellen Abänderungen beschloffen.

Aus dem Bericht der ersten Kammer²⁹⁾ ersieht folgende Bemerkung beachtlich:

Bei dem Verbrechen des Landesverrats, welches nicht, wie der Hochverrat gegen die Existenz³⁰⁾ des Staates gerichtet ist, sondern nur dessen Interessen gefährdet³⁰⁾, sind die schweren und minder schweren Fälle nach Maßgabe ihres Zweckes und ihres Erfolges unterschieden und mit Strafe bedroht worden, insbesondere je nachdem der Landesverrat verübt worden ist [zum Zwecke eines zu veranlassenden³⁰⁾ Krieges oder] während eines schon ausgebrochenen³⁰⁾ Krieges und je nachdem die hochverräterischen Handlungen das Interesse des Preussischen Staates mehr oder minder gefährden (§§ 69³¹⁾—71) Mit allen diesen Bestimmungen hat sich die Kommission einverstanden erklärt.

Aus den Verhandlungen der beiden Kammerplena ist nichts hervorzuheben. In der von den Kammern ihm gegebenen Fassung

²⁷⁾ Motive zum Entwurf des StGB. für die Preussischen Staaten. Berlin 1851.

²⁸⁾ Verhandlungen der ersten und zweiten Kammer über die Entwürfe des StGB. uff., Berlin 1851. S. 88 f.

²⁹⁾ a. a. O. S. 458.

³⁰⁾ Auch im Bericht gesperrt gedruckt.

³¹⁾ = § 59 Entw.

erhielt das Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 die königliche Sanction. Seine uns hier angehenden Bestimmungen sind enthalten in § 69 und stimmen wörtlich mit denen des § 59 des Entwurfs von 1851 überein. [Der § 73 Abs. 2 enthält die Strafe des bürgerlichen Todes.]³²⁾ Durch Art. II des Einführungsgesetzes ist auch die oben mitgeteilte Rgl. Verordnung vom 17. März 1913 außer Kraft getreten; von ihr ist, soweit ich feststellen konnte, in keinem Abschnitt der strafgesetzlichen Revisionsarbeiten die Rede gewesen.

II. Bis zum StGB. in seiner heutigen Fassung.

Der erste Entwurf eines StGB. für den norddeutschen Bund vom Juli 1869³³⁾ enthält unsere Bestimmungen in folgender Fassung:

§ 76. Ein Norddeutscher, welcher während eines gegen den Norddeutschen Bund ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht wissentlich Vorstoß leistet oder den Truppen des Norddeutschen Bundes oder Bundesgenossen desselben wissentlich Nachteil zufügt, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

Lebenslängliches Zuchthaus tritt ein, wenn der Täter

5. dem Feinde als Spion dient oder feindliche Spione aufnimmt, verbirgt oder ihnen Beistand leistet.³⁴⁾

Dieser Entwurf ist auf Veranlassung des Bundeskanzlers im Preussischen Justizministerium ausgearbeitet worden.³⁵⁾ Die Ausarbeitung geschah im Anschluß an das Preussische StGB. R u b o ³⁶⁾ berichtet, daß dabei das Preussische StGB. nur seinem Texte nach zugrunde gelegt wurde, daß aber die Auslegung, die seine Bestimmungen in der Praxis erfahren hatte, unberücksichtigt geblieben sei. Dieser Angabe, die übrigens für unseren Paragraphen ohne weittragende Bedeutung ist, muß in ihrer Allgemeinheit³⁷⁾ indessen mit

³²⁾ Vgl. über die Verhandlungen wegen der Strafe der Konfiskation und des bürgerlichen Todes in den verschiedenen Abschnitten des Revisionswerkes Goldammer a. a. O. Bd. I S. 116 ff., II, 71 ff.

³³⁾ Verlag Deder.

³⁴⁾ Der § 79 enthielt in Abs. 2 noch die Strafe des bürgerlichen Todes. Im rev. Entw. ist sie weggefallen. Reichstagsvorlage und Motive enthalten nichts darüber.

³⁵⁾ f. R u b o, Kommentar über das StGB. für das Deutsche Reich Berlin 1879. S. 13.

³⁶⁾ a. a. O. S. 22.

³⁷⁾ Vgl. aber unten bei Anm. 74.

einigem Zweifel begegnet werden. Denn die Motive zum Entwurf sagen in ihrer Einleitung:³⁸⁾

Daselbe (d. i. das Preussische StGB.) bietet sich als Vorbild und Grundlage dar aber natürlich in dem Sinne, daß nur das anerkannt Gute in das Werk zu übertragen, das weniger Gute dagegen und das von der Wissenschaft und der Rechtsübung Gemißbilligte ausgeschieden und durch das in anderen Gesetzgebungen Bessere ersetzt werden mußte. Von diesen Voraussetzungen aus ist an die Umgestaltung und Erweiterung des Preuß. StGB. zu einem Strafgesetz-Entwurf für den Norddeutschen Bund herangegangen worden.

Aus den Motiven zu § 76 ist nur die allgemeine Bemerkung³⁹⁾ hervorzuheben, daß der Begriff des Landesverrats der staatlichen Gestaltung des Norddeutschen Bundes angepaßt und demgemäß die Definition des Tatbestandes jenes Verbrechens nach dieser Richtung hin erweitert werden mußte.

Der Entwurf vom Juli 1869 wurde in einer vom Bundesrat berufenen Kommission durchberaten.⁴⁰⁾ Aus dieser Beratung entstand der Entwurf vom 31. Dezember 1869. Er gibt unsere Vorschriften in folgender Art wieder:

§ 87. Ein Norddeutscher, welcher vorsätzlich während eines gegen den Norddeutschen Bund ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorstoß leistet oder den Truppen des Norddeutschen Bundes oder der Bundesgenossen desselben Nachteil zufügt, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungsstrafe nicht unter einem Jahre ein.

§ 88. Lebenslängliche Zuchthausstrafe trifft einen Norddeutschen, welcher vorsätzlich während eines gegen den Norddeutschen Bund ausgebrochenen Krieges

5. dem Feinde als Spion dient oder feindliche Spione aufnimmt, verbirgt oder ihnen Beistand leistet.

Dieser revidierte Entwurf wurde im Bundesrat geprüft.⁴¹⁾ Aus der Prüfung, bei der die §§ 87, 88 unverändert blieben, entstand

³⁸⁾ Motive S. 2.

³⁹⁾ a. a. O. S. 124.

⁴⁰⁾ Ru b o a. a. O. S. 27 ff.

⁴¹⁾ Ru b o a. a. O. S. 36.

die Reichstagsvorlage vom 14. Februar 1870. Die Motive stimmen, soweit sie hier interessieren, völlig überein⁴²⁾ mit denen des Entwurfs vom Juli 1869. Zu den Änderungen des rev. Entwurfs gegenüber dem Entwurf vom Juli 1869 berichtet Rubo⁴³⁾ und Rüdorff⁴⁴⁾ übereinstimmend, daß die Bundeskommission die Trennung des § 76 in die beiden §§ 87 und 88 aus redaktionellen Rücksichten vorgenommen habe, ohne sachlich den Zusammenhang des § 88 mit dem in § 87 behandelten Falle aufheben zu wollen.

Bemerkenswert ist ferner, daß in der ersten Lesung des Entwurfs vom Juli 1869 bei der Trennung des § 76 in die zwei §§ 87 und 88, der letztere im Eingange lautete:

Lebenslängliche Zuchthausstrafe trifft unter den Voraussetzungen des § 87 denjenigen usw.

Nach Rubo⁴⁵⁾ erschienen die Worte „unter den Voraussetzungen des § 87“ bei der zweiten Lesung redaktionell nicht empfehlenswert. Er berichtet, daß lediglich aus diesem Grunde die Änderung des Eingangs in die Fassung des rev. Entwurfs vom Dezember 1869 gebracht worden sei.

Die Reichstagsverhandlungen zu § 87⁴⁶⁾ hatten nur das Strafmaß zum Gegenstand und können hier füglich außer Betracht bleiben. Ihr Ergebnis ist aus der unten mitgeteilten endgültigen Fassung des StGB. ersichtlich. Zu § 88 hatte der Abg. Meyer die Ergänzungen des Strafmaßes beantragt⁴⁷⁾, wie sie auch in das Gesetz übergegangen sind. Zur Begründung seines Antrags hat er u. a. folgendes ausgeführt:⁴⁸⁾

Wenn wir nicht an dem Tatbestande der Verbrechen hätten festhalten wollen, so würden wir die Nummer 5 geändert haben; wir haben uns aber bemüht, dem Mangel, welcher diese Nummer 5 an sich trägt, anders abzuhefen. Die Nummer 5 bedroht denjenigen mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe, der dem Feinde als Spion dient, der feindliche Spione aufnimmt, verbirgt oder ihnen Beistand leistet. Dies schien uns in solcher Allgemeinheit

⁴²⁾ Motive S. 7/8. 84.

⁴³⁾ Rubo a. a. O. S. 571.

⁴⁴⁾ Rüdorff, Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich zu § 90 Anm. 1.

⁴⁵⁾ Rubo a. a. O. S. 572.

⁴⁶⁾ Stenogr. Berichte S. 364.

⁴⁷⁾ Drucksache I Nr. 58 ad 9.

⁴⁸⁾ Stenogr. Bericht S. 365.

allerdings sehr bedenklich. Wir wollen gern einräumen, daß eine Hilfeleistung einem Spion gegenüber, damit dieser den Zweck seiner Spionage erreiche, völlig die härteste Strafe verdient; aber bedenken Sie doch, es kann auch Fälle geben, in welchen dem feindlichen Spion gegenüber die reine Pflicht der Menschlichkeit in ihre Rechte tritt; wenn es sich also nicht darum handelt, den Spion aufzunehmen, damit er zurückkommen und seine Nachrichten überbringen kann, sondern wenn es sich nur darum handelt, ihm selbst, wenn er sich in der größten Verlegenheit und Not befindet, z. B. etwas zu essen zu geben, oder ihn, nachdem er die Spionage aufgegeben hat und nach Lage der Sache auch aufgeben mußte, nur vielleicht zu schützen gegen Bestrafung, und zwar in einer Weise, die die Möglichkeit, er könne seinen Zweck noch erreichen, ganz ausschließt. Ich sage, das sind Fälle, die sich doch denken lassen: aus diesem Grunde, und obwohl wir gern einräumen, daß der Kreis der mildernden Umstände hier sehr eng bemessen sein wird, haben wir, um allen Möglichkeiten gerecht zu werden, den Zusatz beantragt.

Dem Abg. Meyer erwiderte zunächst der Abg. v. Moltke. Aus seiner Rede⁴⁹⁾ ist nur die folgende Stelle hervorzuheben:

Ich glaube nicht, daß der Gesetzgeber bei der Bestimmung der Strafen Rücksicht allein auf die Möglichkeit einer mehr oder weniger ehrenhaften Gesinnung nehmen kann, die in den speziellen Fällen, welche hier genannt sind, wohl nur sehr selten vorkommt, sondern daß er auch Rücksicht nehmen muß auf die Gefährlichkeit der Tat für die Gesamtheit.

Nachdem auch der Bundesratsbevollmächtigte Preuß. Justizminister Leonhardt allerdings im wesentlichen nur aus hier nicht mitzuteilenden gesetzlichen Gründen sich gegen den Antrag Meyer ausgesprochen hatte, führte der Abg. Lascher aus, daß die Nummer 5 allerdings bis zu dem mildesten Falle menschlicher Teilnahme heruntergehe, für den er ein Beispiel anführt. Dann fährt er fort:⁵⁰⁾

Der Dolus braucht nur darauf gerichtet zu sein, den Spion aufzunehmen. Das Gesetz will unterscheiden; deshalb sind die drei Nummern aufgezählt: Ausnahme, Verbergen oder Beistand leisten. Es ist gar nicht notwendig, daß das Aufnehmen deshalb geschieht, damit dem Spion Beistand geleistet wird, sondern die

⁴⁹⁾ Stenogr. Bericht S. 365.

⁵⁰⁾ Stenogr. Bericht S. 365/366.

Tatsache an sich fällt unter § 88. Ich könnte Ihnen noch viele andere Fälle herauswickeln, die an sich strafbar sein mögen, die aber reichlich milbernde Umstände beanspruchen können Wir sind geneigt, die 20 oder mehr Verbrechensarten, die im § 88 aufgeführt werden, unter einen Gesamtbegriff zu bringen; aber zwingen Sie uns nicht, daß wir zuerst die verschiedenen Arten zusammenbringen und die schwersten Strafen darauf setzen, weil Sie sich eben nur diese absolut schwersten Verbrechen vorgestellt, als Sie das Strafmaß ausgeworfen haben. Der Herr Abg. v. Moltke hat selbst zugegeben, daß selbst in diesen Fällen sogar patriotische, politische, actbare, mindestens aber nicht ganz ehrlose Motive denkbar sein können. Nun wir diesen Fällen Genüge, dann wird von der schwersten bis zur mildesten Strafe herunter erkannt werden können; wenn Sie es nicht tun, so wissen wir kaum das Richtige zu treffen, solange uns zugemutet wird, zwanzig oder mehr Verbrechensarten in eine Kategorie zusammenzufassen.

In seiner Erwiderung bestritt der Bundeskommissarius Präsident Dr. Friedberg⁵¹⁾, daß der § 88 disparate Tatbestände enthalte; er behandle in seinen 6 Nummern denjenigen Verrat, der dadurch begangen wird, daß der Verräter das Kriegsheer und was zum Kriegsheer gehört schädigt, und daß er dadurch das Vaterland in Gefahr setzt, indem er der Wehrhaftigkeit des Kriegsheeres dem Feinde gegenüber Gefahr bereitet. Friedberg fährt wörtlich fort:

Ich glaube also, daß der Paragraph, für dessen legitimen Ursprung ich mich ja übrigens auf das Preuß. StGB. berufen könnte, das ihn ja seit 20 Jahren in derselben Form hat, ohne daß er bisher Angriffe erfahren hat, technisch richtig gedacht ist

Inzwischen hatte der Abg. v. Hennig⁵²⁾ den Antrag eingebracht in Nr. 5 des § 88 die Worte „dem Feinde als Spion dient“ stehen zu lassen, von da aber die Worte in Nummer 5 zu ersehen durch folgende: „oder feindlichen Spionen zur Erreichung ihres Zweckes Beistand leistet“.

Der Abg. v. Hennig begründete seinen Antrag wie folgt:⁵³⁾

Die Absicht des Paragraphen kann doch gar keine andere sein, als nur solche Personen mit der hohen Strafe zu treffen, die eine

⁵¹⁾ Stenogr. Berichte S. 366.

⁵²⁾ Stenogr. Berichte S. 366.

⁵³⁾ Stenogr. Berichte S. 367.

so dolose Absicht haben Wenn die Nummer 5 und der ganze Paragraph so stehen bleibt, so würde jedermann, der nicht einen Spion vor seinem Hause verhungern lassen will, unzweifelhaft mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe bestraft werden müssen Ich mache ihnen daher den Vorschlag, daß Sie diesen Paragraphen ändern sollen

Der Abg. Laszker⁵⁴⁾ führte dann in der weiteren Debatte u. a. aus:

. wir hatten auf den ersten Blick auch die Absicht, den Paragraphen so zu ändern, wie es der Herr Abg. v. Hennig will. Aber wenn man längere Zeit einer Sache nachdenkt, so sieht man auch die andere Seite. Es würde äußerst schwer sein, jemanden zur Bestrafung zu bringen, wenn Sie vorschreiben, sein Verhalten gegen den Spion müsse geschehen sein, um Vorjubel zu leisten. Dann wälzen Sie auf die Staatsanwaltschaft die Last, sie solle die Absicht des Beförderns dartun; das ist aber für den Kriegsfall unmöglich. Das sind auch die Gründe, weshalb das Preuß. StGB. und jetzt die vorbereitende Kommission so weit gegriffen hat, daß lediglich das tatsächliche Aufnehmen eines Spions strafbar macht aus dem Grunde, weil die Staatsordnung und die Sicherheit während des Krieges es fordert, daß man dem Ankläger nicht mit einem Beweise belastet, der möglicherweise gar nicht geführt werden kann Wir bitten Sie lediglich, im Strafmaß eben diejenige Auswahl zu geben, welche die kleinsten Fälle wie die schwersten treffen wird. Wenn Sie jemanden verurteilen nicht unter 5 Jahren Festungshaft oder mit der Strafe, die wir ihm im geringsten Maße zudiktieren, falls er nach Nummer 5 auf die ledigliche Teilnahme eines Verbrechens hin verurteilt wird – so habe ich nichts dagegen, weil der Staat dieses Sicherheitsmittels bedarf; und in diesem Sinn wollen wir eben die große Skala herbeiführen, weil, wenn Sie den Antrag Hennig annehmen, Sie zwar für einen einzelnen Fall helfen werden, aber der Staat nicht mehr in der Lage ist, sich zu sichern gegen den Vorjubel der Spione, da überall der Rechtseinwand möglich ist, man habe keine schlimme Absicht dabei gehabt und der Beweis sehr schwer zu führen sein wird

Aus der weiteren Debatte, die mit der Ablehnung des Antrags v. Hennig und der Annahme des Antrags Meyer endigte, ist nur noch bemerkenswert eine Äußerung des Ministers Leonhardt⁵⁵⁾:

⁵⁴⁾ Stenogr. Berichte S. 367. ⁵⁵⁾ Stenogr. Berichte S. 368.

..... Die Sache hat gar nicht die Schwierigkeiten, wenn Sie nur erwägen, daß im Eingange des Paragraphen das Wort „vorjählich“ gebraucht wird, d. h. hier soviel als in „landesverräterischer Absicht“, wenn jemand Spione aufnimmt in landesverräterischer Absicht, wenn er Spione speist, damit dieselben ihre Absichten durchführen können, so ist er schuldig, sonst nicht.

Aus der Verhandlung des Reichstags gingen die §§ 87, 88 der Reichstagsvorlage in folgender Fassung, in der sie auch (unter Berücksichtigung des Gesetzes betr. die Redaktion des StGB. für den Norddeutschen Bund als StGB. für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871⁵⁶⁾) G e s e t z geworden sind, hervor:⁵⁷⁾

§ 89. Ein Deutscher, welcher vorjählich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorjchub leistet oder den Truppen des Deutschen Reiches oder der Bundesgenossen desselben Nachteil zufügt, wird wegen Landesverrats mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft bis zu zehn Jahren ein.

§ 90. Lebenslängliche Zuchthausstrafe trifft einen Deutschen, welcher vorjählich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges

5. dem Feinde als Spion dient oder feindliche Spione aufnimmt, verbirgt oder ihnen Beistand leistet.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter 5 Jahren ein.

Neben der Festungshaft kann auf Verlust der balleideten öffentlichen Ämter sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

Diese Fassung hat das StGB. behalten bis zum Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juli 1893.⁵⁸⁾ Durch § 11 dieses Gesetzes hat das StGB. in seinen §§ 89, 90 seine heutige Fassung erhalten.

⁵⁶⁾ RGM. S. 127.

⁵⁷⁾ Tabellariische Zusammenstellung der Vorlage mit den Beschlüssen, Anlage 2 zur Gesamtübersicht über die Geschäftstätigkeit des Reichstags. I. Legislaturperiode, 3. Sitzungsperiode. S. 46--49.

⁵⁸⁾ RGM. S. 205.

In der Begründung des Gesetzentwurfs ist zu § 12 (= § 11 d. Ges.) zunächst von den beabsichtigten Änderungen des Strafmaßes der §§ . . 89, 90 die Rede. Dann heißt es:

Im übrigen sind nur im § 90 Änderungen vorgenommen worden, welche im wesentlichen redaktioneller Natur sind

Darüber, weshalb das Wort „Truppen“ in § 89 durch „Kriegsmacht“ ersetzt worden ist, schweigt die Begründung.

Aus dem Bericht der Reichstagskommission ist zu § 12 Entw. nde Bemerkung⁵⁹⁾ beachtlich:

Der § 89, der nur eine von allen Seiten für wünschenswert erachtete redaktionelle Änderung enthält, wurde in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen

Ebenso verhält es sich mit § 90

Im Plenum wurde nichts bemerkt.

Das Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914⁶⁰⁾ hat durch seinen § 19 den § 11 des Gesetzes vom 3. Juli 1893 und damit die dortige Änderung unserer Vorschriften ausdrücklich aufrecht erhalten.

Eine Nebeneinanderstellung des Preuß. StGB., des StGB. in der ursprünglichen Gestalt und in der jetzigen Fassung wird schließlich nicht ohne Interesse sein.

Preussisches StGB. vom 14. April 1851	StGB. für das Deutsche Reich v. 31. 5. 1870.	StGB. f. das Deutsche Reich in der Fassung v. 3. Juli 1893.
§ 69.	§ 89.	§ 89.
Ein Preuße, welcher während eines gegen Preußen ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht wirklich Vorschub leistet oder den Truppen Preußens oder seiner Bundesgenossen wirklich Nachteil zufügt, wird Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.	Ein Deutscher, welcher vorsätzlich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub leistet oder den Truppen des Deutschen Reiches oder des Bundesgenossen desselben Nachteil zufügt, wird wegen Landesverrats mit	Ein Deutscher, welcher vorsätzlich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub leistet oder der Kriegsmacht des Deutschen Reichs oder seiner Bundesgenossen Nachteil zufügt, wird wegen Landesverrats mit Zucht-

⁵⁹⁾ S. 6.

⁶⁰⁾ RGBl. 195.

Preussisches StGB. vom 14. April 1861.	StGB. für das Deutsche Reich v. 31. 5. 1870.	StGB. f. das Deutsche Reich in der Fassung v. 3. Juli 1893.
<p>Die Todesstrafe tritt ein, wenn der Täter 5. dem Feinde als Spion dient oder feindliche Spione aufnimmt, verbirgt oder ihnen Beistand leistet.</p>	<p>Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.</p> <p>Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft bis zu zehn Jahren ein.</p> <p>§ 90.</p> <p>Lebenslängliche Zuchthausstrafe trifft einen Deutschen, welcher vorsätzlich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges 5. dem Feinde als Spion dient oder feindlichen Spione aufnimmt, verbirgt oder ihnen Beistand leistet.</p> <p>Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter fünf Jahren ein.</p> <p>Neben Festungshaft kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Ämter sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.</p>	<p>haus bis zu zehn Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft bis zu zehn Jahren ein.</p> <p>Neben der Festungshaft kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Ämter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.</p> <p>§ 90.</p> <p>Lebenslängliche Zuchthausstrafe tritt im Falle des § 89 ein, wenn der Täter 5. dem Feinde als Spion dient oder feindliche Spione aufnimmt, verbirgt oder ihnen Beistand leistet.</p> <p>In minder schweren Fällen kann auf Zuchthaus nicht unter 10 Jahren erkannt werden.</p> <p>Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter fünf Jahren ein.</p> <p>Neben der Festungshaft kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Ämter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.</p>

B. Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung.

a) Im Preussischen Landrecht und in den Entwürfen von 1827/28 (s. das Wort „insbesondere“) ist unser Tatbestand⁶¹⁾ ein selbständiger. Er ist insofern unabhängig von dem des allgemeinen Landesverrats⁶²⁾ als dessen Tatbestandsmerkmale nicht Bestandteile unseres Tatbestands sind. Dieser „recl.net“ ohne weiteres als Landesverrat. Zweifelhafter könnte das sein bei den Entwürfen von 1830 und 1833, weil hier hinzugefügt ist, daß der Täter in „solcher“ – d. h. bei dem allgemeinen Tatbestand vorausgesetzter – landesverräterischer Absicht gehandelt haben muß. Trotz dieses Zusatzes wird aber anzunehmen sein, daß unser Tatbestand ein selbständiger und unabhängiger geblieben ist und daß dieser Zusatz nur den Voratz betonen will, weil für die Strafbarkeit unseres Tatbestandes, soweit die Aufnahme, Verbergung oder sonstige Beistandsleistung eines feindlichen Spions in Betracht kommt, ausdrücklich als Zweck die Beförderung der Absichten des Spions oder seine Verheimlichung bezeichnet wird. Diese Kennzeichnung wäre überflüssig, wenn der Nachweis der Erfüllung des allgemeinen Tatbestandes Voraussetzung unseres Tatbestandes wäre. Das tritt auch deutlich in der Beratung der Staatsratskommission für den Entwurf von 1836 hervor, in der unsere Tatbestände als „Beispiele“ des Landesverrats bezeichnet werden, die ohne weiteres – d. i. ohne besonderen Nachweis landesverräterischer Absicht – schon nach der Beschaffenheit der Tat als solcher die höchste Strafe verdienen.^{62a)} Völlig klar wird diese gewollte Selbständigkeit und Unabhängigkeit im Entwurf von 1843, wo unser Tatbestand in einem besonderen Paragraphen dem allgemeinen Landesverrat vorangestellt ist.

Diese Voranstellung bleibt zwar auch im Entwurf von 1845. Der allgemeine Tatbestand ist dort aber zum ausdrücklichen Bestandteil unseres Tatbestandes geworden. Beabsichtigt war das wohl kaum. Gewollt war vielmehr nur eine redaktionelle Änderung, nämlich die Zusammenziehung unseres und des allgemeinen Tatbestandes in einen Paragraphen. Wie es uns aber auch noch späterhin begegnen wird, so hat auch hier das Geformte einen ganz anderen Inhalt als

⁶¹⁾ Darunter ist hier und weiterhin zu verstehen der Tatbestand des § 90 Nr. 5 StGB.

⁶²⁾ Darunter ist hier und weiter zu verstehen der Tatbestand des § 89 StGB.

^{62a)} s. bei Anm. 10.

das Gewollte. Die Fassung des Entwurfs von 1845 blieb aber nun in den folgenden Entwürfen bestehen. Es ist anzunehmen, daß man ihre Tragweite auch erkannt hat. Denn im Entwurf von 1851 wird — wie das dann auch gesetztechnisch richtig war — der Tatbestand des allgemeinen Landesverrats vorangestellt und unser Tatbestand folgt ihm mit den einleitenden Worten „Die Todesstrafe tritt ein, wenn der Täter“ Diese Einleitung kann wohl nichts anderes bedeuten, als daß die Erfüllung des allgemeinen Tatbestandes jedenfalls Voraussetzung der Strafbarkeit unseres Tatbestandes ist. Auch die Motive besagen, daß es sich nur um die Hervorhebung eines Tatbestandes von besonders schwerer objektiver Gefährlichkeit handelt — nicht also um einen von dem allgemeinen Landesverrat unabhängigen Tatbestand.

Das Ergebnis der Prüfung der Entstehungsgeschichte bis zum Preuß. StGB. ist also, daß in diesem unser Tatbestand in Abhängigkeit von dem des allgemeinen Landesverrats steht. Nur der ist nach § 69 Nr. 5 Preuß. StGB. strafbar, der durch eine der dort bezeichneten Handlungen einer feindlichen Macht wesentlich Vorjubel leistet oder den Truppen Preußens oder seiner Bundesgenossen wesentlich Nachteil zufügt. Was also vor dem Entwurf von 1845 vermieden worden war, nämlich, unserem Tatbestand den allgemeinen Tatbestand des Landesverrats als Voraussetzung zu geben, und was im Entwurf von 1845 wohl nur als redaktionelle Änderung gedacht war, hat in den folgenden Entwürfen und im Preuß. StGB. zu einer materiellen Inhaltsänderung unseres Tatbestands geführt.

b) Im Entwurf des StGB. vom Juli 1869 hat unser Tatbestand dieselbe Stellung und (vom Strafmaß abgesehen) die gleiche Fassung, wie im Preuß. StGB. Mithin steht er in voller Abhängigkeit vom Tatbestand des allgemeinen Landesverrats. Das ändert sich aber im rev. Entwurf von 31. Dezember 1869. Die dortige Auseinanderziehung unseres Tatbestandes und des allgemeinen Landesverrats in zwei verschiedene Paragraphen ist angeblich⁶³⁾ nur aus redaktion-

⁶³⁾ Man kann allerdings Bedenken nicht unterdrücken, ob diese Angabe von Kubo (und Kuborff; vgl. bei Anm. 43 bis 45) wirklich zutrifft. Denn es wäre doch kaum begreiflich, daß in der Bundeskommission der weittragende Unterschied dieser anscheinenden redaktionellen Änderung gegenüber der vorherigen Fassung von keiner Seite bemerkt worden sein sollte, zumal wenn man berücksichtigt, daß diese Änderung begleitet war von dem Einschleichen der Worte „zum Vorteil des Feindes“ in Nr. 2 des § 88 des rev. Entw. die im Entw. vom Juli 1869 nicht dort vorgeesehen waren.

nellen Gründen geschehen. Diese angeblich nur gewollte redaktionelle Änderung schloß aber eine weittragende materielle Änderung in sich. Denn nunmehr ist unser Tatbestand wieder zu einem völlig selbständigen geworden. Nach der Einleitung des § 88 rev. Entw. und der gleichbedeutenden Reichstagsvorlage ist für unseren Tatbestand nicht erforderlich, daß der Täter die Handlungen mit dem Vorsatz begangen hat, einer feindlichen Macht Vorschub zu leisten oder den Truppen des Deutschen Reiches oder seiner Bundesgenossen Nachteil zuzufügen, sondern die Tatsache, daß er vorsätzlich dem Feinde als Spion dient oder einen feindlichen Spion aufnimmt, verbirgt oder ihm Beistand leistet, erfüllt den Tatbestand. Diese Tragweite des § 88 Nr. 5 der Reichstagsvorlage ist in den Reichstagsverhandlungen von den Abgeordneten auch klar erkannt worden. Das geht mit aller Deutlichkeit aus ihren oben mitgeteilten Reden hervor. Ob diese klare Erkenntnis auch bei der Regierung eingetreten war, kann allerdings nach den oben mitgeteilten Äußerungen ihrer Vertreter zweifelhaft sein. Jedenfalls aber läßt die Fassung des § 90 Nr. 5 StGB., die mit der des § 88 Nr. 5 des rev. Entwurfs und der Reichstagsvorlage übereinstimmt, wie sie bis zum Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juli 1893 bestanden hat, keine andere Auslegung zu, als daß unser Tatbestand dort durchaus selbständig und völlig unabhängig von § 89 StGB. bestimmt ist⁶⁴⁾, was immer man auch bei der Wahl der Fassung ursprünglich beabsichtigt haben mag. Mit dieser Fassung des § 90 Nr. 5 StGB. ist (unwissentlich und unwillentlich?) die Rechtslage wiederhergestellt, wie sie im Preussischen Recht bis zum Entwurf von 1845 gewesen war.

c) Der § 11 des vorgenannten Gesetzes vom 3. Juli 1893 hat die Einleitung des § 90 StGB. geändert. Gewollt war, wie die Motive und der Kommissionsbericht ergeben, eine redaktionelle Änderung. Bewirkt ist eine materielle Änderung. Denn durch die geänderte Einleitung ist die Abhängigkeit unseres Tatbestandes von dem allgemeinen Landesverrat wiederhergestellt. Die Eingangsworte des § 90 „Lebenslängliche Zuchthausstrafe tritt im Falle des § 89 ein, wenn der Täter usw.“ lassen keine andere Auslegung zu,

⁶⁴⁾ Gleicher Ansicht wohl: Kubo a. a. O. zu § 90 S. 572/3; Hälschner, *Gemeines Deutsches Strafrecht*, Bd. 2 Abt. 2 S. 769; v. Schwarze, *Kommentar z. StGB.* 5. Aufl. zu § 90 Anm. 2; Olshausen, 4. Aufl. zu § 90. Anm. 2; John, *S. S.* 3, 49. — U. M. anscheinend: Rüdorff a. a. O. zu § 90 Anm. 1.

als sie oben der Einleitung des Abs. 2 § 69 Preuß. StGB. zuteil geworden ist. Damit ist also (vom Strafmaß abgesehen) die Rechtslage wiederhergestellt, wie sie im Preuß. StGB. gegeben war: nur der ist nach § 90 Nr. 5 StGB. strafbar, der durch eine der dort bezeichneten Handlungen vorzüglich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorjubel leistet oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches oder seiner Bundesgenossen Nachteil zufügt. Geht man von der Richtigkeit des oben⁶⁵⁾ mitgeteilten Rubriken Berichts aus, so ergibt sich die merkwürdige Tatsache, daß durch eine scheinbar redaktionelle Änderung im Jahre 1893 eine durch eine scheinbar redaktionelle Änderung im Jahre 1869 bewirkte materielle Gesetzesänderung wiederaufgehoben worden ist.

C. Wirkungen der heutigen Gesetzeslage.^{65a)}

a) Die nach der heutigen Gesetzeslage bestehende Abhängigkeit unseres Tatbestandes von dem des allgemeinen Landesberrats bewirkt, daß die nach der früheren Fassung des § 90 StGB. recht zweifelhafte Frage, wie der Vorjubilator des Täters beschaffen sein müsse, jetzt einfach zu beantworten ist. Der Täter unseres Tatbestandes muß den Vorjubilator des § 89 StGB. haben. Sein Wille muß darauf gerichtet sein, durch seine Handlung einer feindlichen Macht Vorjubel zu leisten oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches oder seiner Verbündeten Nachteil zuzufügen. Gewollt sein muß nicht nur die äußere Handlung, sondern auch die Wirkung dieser Handlung. Ein besonderer Vorjubilator oder gar eine Absicht durch die Aufnahme, Verbergung oder Unterstützung eines feindlichen Spions, dessen Tätigkeit zu fördern, ist nicht erforderlich. Der Beweggrund des Täters und der vom Täter verfolgte Endzweck sind rechtlich bedeutungslos und können allenfalls bei der Strafbemessung Berücksichtigung finden. Wenn insbesondere auch das Beistandleisten den Willen des Täters in der Richtung voraussetzt, dem feindlichen Spion bei seiner Unternehmung behilflich zu sein und nicht selbst durch die geleistete Hilfstätigkeit als Spion zu dienen, so muß doch auch bei der Beistandleistung der Tätervorjubilator dahin gehen, durch die Förderung des feindlichen Spions dem Feinde

⁶⁵⁾ Bei Anm. 45.

^{65a)} Die Abhandlung von v. Liszt im letzten Heft der Z. ist mir erst nach der Drucklegung der nachstehenden Ausführungen, mit deren Ergebnis sie sich in wesentlichen Punkten deckt, bekannt geworden.

Vorschub zu leisten oder der Deutschen oder verbündeten Kriegsmacht Nachteil zuzufügen. Wo dieser Voratz fehlt, da entfällt infolge der Abhängigkeit des § 90 Nr. 5 von § 89 StGB. die Strafbarkeit wegen Landesverrats. Regelmäßig wird die Förderung eines feindlichen Spions mit Rücksicht auf dessen Spionagetätigkeit oder Spioneneigenschaft und mit Beziehung zu diesen geleistet werden.

Es ist aber sehr wohl denkbar, daß die Handlung des Täters ohne eine solche Rücksicht oder Beziehung stattfindet, z. B. wenn der Täter nicht weiß, daß er es mit einem Spion zu tun hat. Dann wird meist überhaupt kein Landesverrat vorliegen, z. B. wenn der Täter den feindlichen Spion aus Mitleid in Ansehung seiner Erkrankung oder seines Hungers aufnimmt. War aber die Handlung von dem Voratz des § 89 getragen⁶⁶⁾, dann liegt solchenfalls nur allgemeiner Landesverrat und nicht unser Tatbestand vor.

b) Die Abhängigkeit unseres Tatbestandes vom allgemeinen Landesverrat zieht aber weiterhin auch Folgen für die Beantwortung der Frage nach der Vollendung des Verbrechens gegen § 90 Nr. 5 StGB. nach sich. Wäre § 90 unabhängig von § 89 StGB., so würde unser Tatbestand fraglos vollendet sein in dem Augenblick, da der Täter als Spion dient, d. h. eine wie immer geartete Spionagetätigkeit entwickelt hat⁶⁷⁾, einem feindlichen Spion Aufnahme gewährt, ihn verborgen oder ihm Beistand geleistet hat mit dem Bewußtsein, die Tätigkeit des feindlichen Spions als solchen dadurch zu ermöglichen, zu fördern, ihre Entdeckung oder die des Spions zu verhindern oder zu erschweren. Infolge der Abhängigkeit des § 90 Nr. 5 von § 89 StGB. ist aber unser Tatbestand nur dann vollendet, wenn zugleich der des allgemeinen Landesverrats vollendet ist. Denn diese Abhängigkeit bringt es mit sich, daß die in § 90 Nr. 5 angeführten Tatbestände als nichts anderes gelten können, denn als Beispiele des allgemeinen Landesverrats, die wegen ihrer besonderen Gefährlichkeit mit einer höheren Strafe bedroht sind.⁶⁸⁾ Entscheidend für die Be-

⁶⁶⁾ Davon hängt es auch ab, ob das Verbergen eines Spions, um ihn der Bestrafung zu entziehen, Landesverrat ist oder nicht. Deshalb nicht allgemein richtig Olshausen, 10. Aufl. zu § 90 Anm. 3 c.

⁶⁷⁾ Der Begriff „als Spion dienen“ verlangt mehr als ein bloßes „in Dienst treten“. Deshalb ist der Tatbestand nicht schon dadurch erfüllt, daß der Täter sich als Spion hat antwerben lassen (s. u. Anm. 71 Nr. 3).

⁶⁸⁾ Es handelt sich nicht um eine Qualifizierung des allgemeinen Landesverrats — nicht um erschwerende Momente, die dem Tatbestand des § 89 hin-

antwortung der Frage nach der Vollenbung unseres Tatbestandes ist daher die Antwort auf die Frage, ob der allgemeine Landesverrat ein Erfolgsdelikt ist oder nicht? Ist er kein Erfolgsdelikt, so tritt die Vollenbung unseres Tatbestandes im gleichen Augenblicke ein, als es bei seiner Unabhängigkeit vom allgemeinen Landesverrat der Fall sein würde. Ist aber § 89 ein Erfolgsdelikt, so tritt die Vollenbung unseres Tatbestandes erst ein, wenn das durch seine Verwirklichung betätigte Vordrubleisten oder Nachteilzufügen Erfolg gehabt hat. Fehlt solcher Erfolg, so kann immer nur ein Versuch eines Verbrechens gegen § 90 Nr. 5 in Frage kommen.

Der Landesverrat ist nun zwar ein besonders schweres Verbrechen, weil er die Sicherheit und Machtstellung des Deutschen Reiches gefährdet. Trotzdem ist er, wie der Vergleich mit den Bestimmungen über Hochverrat deutlich erkennen läßt, nach der heutigen Gesetzeslage kein Gefährdungsverbrechen, sondern ein Verletzungsverbrechen.⁶⁹⁾ Zu seiner Vollenbung genügt daher nicht, daß der Täter durch seine Handlung für die Gefährdung des Deutschen Reiches günstigere Bedingungen zu setzen beabsichtigt, sondern er muß tatsächlich solche günstigere Bedingungen herstellen, sei es, daß seine Tätigkeit eine Förderung der Lage des Feindes verursacht, sei es, daß sie die Lage der Deutschen oder verbündeten Kriegsmacht benachteiligt. Das aber ist natürlich für die Frage der Vollenbung des Verbrechens ohne Bedeutung, ob der Feind die Förderung auszunutzen oder ob die Deutsche oder verbündete Kriegsmacht dem Nachteil zu begegnen und ihn abzuwenden vermag. Es kommt m. a. W. für die Vollenbung des Landesverrats nicht auf die Wirkung des Vordrubleistens oder des Nachteilzufügens an, sondern nur auf die Herstellung der Bedingungen für den Eintritt der Wirkung.

Danach ist unser Tatbestand erst dann vollendet, wenn der als Spion⁷⁰⁾ dienende Täter das von ihm Ausgespähte und dem Feinde

zutreten. Sondern es handelt sich um Tatbestände, die den Tatbestand des § 89 bilden. Der Tatbestand des § 89 deckt sich völlig mit den Tatbeständen des § 90 Nr. 5. Letztere sind also nur Beispiele des ersteren.

⁶⁹⁾ S. auch RGZ. Bd. 49 S. 421 ff.; Oppenhoff, Rechtsprechung des Obertribunals Bd. 12 S. 194 (200); v. Lilienthal, Z. 37, 116.

⁷⁰⁾ Auf den Begriff „Spion“ gehe ich als außerhalb des Rahmens der Abhandlung liegend nicht ein. Bemerkt sei aber, daß die von v. Kamptz gegebene Begriffsbestimmung (Jahrbücher für die Preuß. Gesetzgebung II, 61) trotz ihres hohen Alters von über 100 Jahren auch heute noch die m. E. beste ist. Sie lautet: Ein Kriegsspion ist derjenige, der außer (i. S. von „außerhalb“)

Förderliche diesem hat zugehen lassen oder wenn die Aufnahme, Verbergung oder Beistandsleistung, die der Täter einem feindlichen Spion zuteil werden läßt, verursacht hat, daß der feindliche Spion das von ihm Ausgepöhlte der feindlichen Macht hat zugehen lassen können oder daß die Tätigkeit des feindlichen Spions zum Nachteile der deutschen oder verbündeten Kriegsmacht hat begonnen, fortgesetzt oder beendet werden können.

c) Das gewonnene Ergebnis ist m. E. im Interesse eines kräftigen Schutzes des Reiches während der Kriegszeit zu bedauern, wie mir ist aber als Folge der Abhängigkeit des § 90 Nr. 5 von § 89 StGB. und der Natur des letzteren als Erfolgsdelikt unvermeidbar.⁷¹⁾ Können

seinem militärischen Verur die auf den Krieg sich beziehenden Verhältnisse der einen kriegsführenden Macht im Bereich derselben heimlich auskundschaftet, um sie dem Feinde dieser Macht mitzuteilen". Einzuschalten sind m. E. hinter „auskundschaftet" die Worte „oder auszukundschaften versucht"; i. a. Ann. 71 Nr. 3.

⁷¹⁾ Ob dieses Ergebnis auch für das Verhältnis unseres Tatbestandes zu dem des allgemeinen Landesverrats im MStGB. zutrifft, soll hier als außerhalb des Rahmens dieser Arbeit liegend nicht näher untersucht werden. Es mögen aber einige wenige Bemerkungen Platz finden, um meinen Standpunkt kurz zu kennzeichnen:

1. Die Bezugnahme des § 58 MStGB. auf § 57 MStGB. bedeutet nur, daß auch für die Anwendung von § 58 eine „im Felde" begangene strafbare Handlung Voraussetzung ist. Fehlt diese Voraussetzung, so bleibt es bei § 56 MStGB., für den alle im Text gemachten Ausführungen ihre Bedeutung behalten. Abgesehen aber von dieser dem § 57 zu entnehmenden Voraussetzung ist § 58 MStGB. völlig selbständig und unabhängig. (Über den Begriff „im Felde" i. neuerdings Lüdau, Z. XXXVII, 867 ff., der gegen die Rechtsprechung Stellung nimmt. Bei der Auslegung des § 9 MStGB. ist aber wohl bei ihm der — vielseitig geteilte — Wunsch der Vater des Gedankens gewesen. Gegenüber der keinem Zweifel Raum lassenden Fassung des Gesetzes ist Lüdau's Auslegung m. E. unhaltbar).

2. Im Gegensatz zu § 57 (56) MStGB. ist § 58 MStGB. kein Erfolgsdelikt. Seine einleitenden Worte lassen m. E. keinen Zweifel, daß der Täter bei Erfüllung der einzelnen Tatbestände der Nummern 1—12 (also auch des uns hier interessierenden unter Nr. 1 fallenden Tatbestandes der Nr. 5 des § 90 StGB.) zwar mit dem Vorjaß handeln muß, Vorjaß zu leisten oder Nachteil zu fügen, nicht aber, daß er vorjaßlich Vorjaß leistet oder Nachteil zufügt (vgl. Rotermund, Kommentar z. MStGB., zu § 58 Ann. 3; Conrad, DStrafz. 1914 Sp. 550; Romen-Rissom, MStGB. 2. Aufl. zu § 57 Ann. 6b und zu § 160 Ann. 6c; Goldschmidt, Archiv für Militärrecht Bd. VI S. 58. Die beiden letzteren irrig bez. § 57 MStGB., indem sie den Unterschied der einleitenden Worte des § 58 nicht beachten.).

erst einmal die während dieses Krieges gemachten Erfahrungen offen benutzt und die Fälle bekannt gegeben werden, in denen durch die heutige Gesetzeslage ein kräftiger Schutz des Reiches gegen landesverräterische Handlungen verhindert worden ist, dann wird man, wie ich glaube, erkennen, daß der Erfolgscharakter für unseren Tatbestand und überhaupt für den Landesverrat der §§ 89, 90 StGB. beseitigt werden, mindestens aber der vollendete Versuch dem vollendeten Verbrechen des Landesverrats gleichzustellen sein wird. Und ebenso wird dann, wie ich glaube, klar werden, daß nicht nur der Vorsatz, sondern auch die bewusste Fahrlässigkeit eine strafbare Schuldform des Landesverrats sein muß. „Die Gefährlichkeit der Tat für die Gesamtheit“⁷²⁾ — sie muß die Richtung nur für die Ausgestaltung des Landesverrats sein.⁷³⁾

Bei der Sammlung des geschichtlichen Materials für diese Abhandlung traf ich auf eine bemerkenswerte Erklärung, die der Bundes-

3. Maßgebend für den Begriff des Spions, soweit die Handlung auf dem Kriegsschauplatz (vgl. § 160 MStGB.) begangen ist (vgl. über „Kriegsschauplatz“ Feisenberger, Z. XXXVIII, 97; v. Liszt daselbst S. 121 ff.), ist die Begriffsbestimmung des Art. 29 des Haager Landkriegsabkommens. Es ist aber m. E. irrig, wie es durch viele Kriegsgerichte geschieht, aus dieser Begriffsbestimmung, die für einen Spion erklärt, wer eine Ausspähungstätigkeit auch nur auszuüben versucht, abzuleiten, daß der Tatbestand des „als Spion dienen“ schon mit dem bloßen Betreten des Deutschen Operationsgebietes vollendet sei. Wer, um Nachrichten einzuziehen, das Operationsgebiet betritt, der ist zwar ein Spion (s. a. Anm. 70), er „dient“ aber noch nicht als Spion, sondern er versucht nur als solcher zu dienen. Erst mit der wirklichen Ausübung der Ausspähungstätigkeit ist das „dienen“ vollendet. Dann erst handelt es sich also um einen vollendeten Kriegsverrat. In diesem Punkte besteht kein Unterschied zwischen § 58 MStGB. und § 90 Nr. 5 i. Vbb. mit § 89 StGB. Auch derjenige, der außerhalb des Kriegsschauplatzes Deutsches Gebiet betritt, um Nachrichten einzuziehen, ist ein Spion. Insofern deckt sich die Haager Begriffsbestimmung mit der allgemeinen. Dieses Betreten Deutschen Bodens ist aber erst der Anfang der Ausführung des „Dienstes“. Die Ausführung selbst geschieht erst durch das Auskundschaften (s. a. Anm. 70). Ob schon in dem bloßen Betreten des Operationsgebietes oder des Deutschen Gebietes ein „feindlichen Spionen Beistand leisten“ (vgl. im Text bei a) oder der Tatbestand des § 58 Nr. 8 MStGB. zu finden ist, ist eine Frage für sich und jedenfalls von den Umständen des einzelnen Falles bedingt.

⁷²⁾ Vgl. oben bei Anm. 49.

⁷³⁾ Heute ist, um das beiläufig zu erwähnen, von dem Versuch gegen, § 90 Abs. 1 StGB. (vgl. § 44 Abs. 2 StGB.) abgesehen, nicht einmal möglichen Verurteilten der Polizeiaufsicht zu unterstellen. Eine vollkommene Inkongruenz gegenüber § 14 Abs. 1 Gef. vom 3. Juni 1914.

Kommissar (damaliger Präsident, späterer Staatssekretär des Reichsjustizamts und Preussischer Justizminister) Dr. Friedberg im Reichstage bei den Beratungen über den Entwurf des StGB. abgegeben hat. Er erklärte, er sei bei der ersten Aufstellung des Entwurfs davon ausgegangen,

„daß das Gesetz, welches wir für den Norddeutschen Bund schaffen, ein Gesetz sein muß, welches seine Erklärung aus sich selbst ermöglichen und bereinst durch die Jurisprudenz der dasselbe anwendenden Gerichte finden müsse und werde.“⁷⁴⁾

Treffende Worte! Die vorstehende Darstellung beweist den geringen Wert der Geschichte eines Gesetzes für seine Auslegung und bekräftigt die in den Friedberg'schen Worten enthaltene Mahnung, daß ein Gesetz Auslegung aus sich selbst finden soll und muß.⁷⁵⁾ Dem Satz des Freidank „Ein ieglich zi hat sin zit“ möchte ich den Satz an die Seite stellen „Ein jedes Gesetz hat sein Gesetz“

26.

Rechtsprechung des Reichsmilitärgerichts vom 6. Oktober 1902 bis 19. April 1912 (Entscheidungen des Reichsmilitärgerichts Bd. 4 bis 61) auf dem Gebiete des Strafprozeßrechts.¹⁾

Von Professor Dr. Ernst Beling in München.

Inhaltsübersicht.

1. „Soll“- und „Muß“-Sätze.
2. Aufhören der Militärgerichtsbarkeit nach § 10 II MStGB.
3. Zahl der dem Kommandierenden General zuzuordnenden Oberkriegsgerichtsräte.
4. Zuständigkeit zur Aufhebung der Kontumazialurteile des älteren Rechts.
5. Bedingte Ablehnung eines Richters.
6. Unzulässigkeit der Strafverfolgung wegen disziplinarischer Ahndung der Tat.
7. Materiellrechtliche oder prozeßrechtliche Bedeutung des Strafantrags.
8. Nichtaburteilung der rechtshängigen, Aburteilung einer nicht rechtshängigen Strafsache.

⁷⁴⁾ Stenogr. Berichte S. 442 443.

⁷⁵⁾ Deshalb ist auch oben auf die fruchtbare Frage nicht eingegangen worden, ob „vorläufig“ in unserem Tatbestande als gleichbedeutend anzusehen sei mit dem „wissentlich“ des Preuß. StGB. und des Entw. vom Juli 1869.

¹⁾ Fortsetzung des Berichts in B. 24 246.

Zeitschrift f. d. ges. Strafrechtsw. XXXVIII.